

Der Syrienbesuch der AfD zerstört das Flüchtlingsmärchen



Von WALTER EHRET | Durch den aktuellen Besuch einer Gruppe AfD-Abgeordneter aus Bund und Ländern in Syrien (PI-NEWS berichtete), verflüchtigt sich vor unseren Augen das Märchen von einem vom Bürgerkrieg zerrissenen Land, aus dem man fliehen müsste. Wie sich durch die Ortsbegehungen der deutschen Politiker herausstellte, ist weder Aleppo eine zerstörte Stadt, noch besteht Homs aus einem unbewohnbaren Ruinengerippe und ganz Syrien verfügt, entgegen unserer Mediendarstellungen, offenbar über eine intakte Infrastruktur und eine gute Versorgung. Sind wir alle einer gewaltigen Staatspropaganda aufgesessen?

„Flüchtlinge“ kosten uns jährlich 50 Milliarden

Grund und Anlass für die Syrienvisite der AfD-Delegierten war ein längst überfälliger Antrag der Alternativen auf Rückführung der 700.000 in Deutschland lebenden Syrer und die Einstufung Syriens als sicheres Herkunftsland auf Grund der veränderten Sicherheitslage. Denn immerhin wendet unser Land nach Einschätzungen der Wirtschaftsinstitute gesamtwirtschaftlich jährlich die gewaltige Summe von 50 Milliarden Euro für die Flüchtlingsversorgung auf, wobei alleine der Bund nach AfD-Angaben jährlich rund 23 Milliarden direkter Hilfe bereitstellt. Steuergeld, mit dem nicht leichtfertig verfahren werden darf. Eine parlamentarische

Faktenüberprüfung vor Ort war deshalb dringend geboten und erforderlich.

Syrien ist weitgehend befriedet

Wie die Öffentlichkeit infolge der AfD-Rundreise nun aus erster Hand erfuhrt, ist Syrien inzwischen tatsächlich zu etwa 90% befriedet, im Wiederaufbau begriffen und weitgehend unter der Kontrolle der Regierung Assad. Nennenswerte militärische Konflikte gibt es aktuell nur noch entlang der türkischen Grenze und in der Damaskus vorgelagerten Region Ost-Ghutha. Wobei auch dieses Gebiet inzwischen geteilt und zu 50% von der syrischen Armee erobert wurde. Auch dort ist deshalb in Kürze ein Konfliktende zu erwarten. Auch innersyrisch geht die Versöhnung der verfeindeten Gruppen und damit die Rückkehr zu einer Normalität eines friedlichen Landes gut voran. Beispielsweise wurden inzwischen über 100.000 feindliche Kämpfer durch die Regierung begnadigt und wieder ins bürgerliche Zivilleben integriert. Abkommen zwischen den einzelnen Religions- und Interessengruppen und der Regierung machen Syriens 14 Provinzen zu weitgehend sicheren Lebensräumen.

Vor dieser Faktenlage ist deshalb nicht ersichtlich, warum die syrischen „Flüchtlinge“ in Deutschland nicht umgehend in ihr Heimatland zurückkehren sollten. Der syrische Minister für Versöhnung, Ali Haidar, rief explizit auch die Deutschlandflüchtlinge am Dienstag Abend noch einmal öffentlich auf, heimzukehren. Syrien ist objektiv willens und in der Lage seine Staatsbürger wieder aufzunehmen, sicher unterzubringen und zu versorgen.

Unwissenheit oder Staatspropaganda?

Und wenn unsere Regierung inzwischen medienweit auf die sich in Syrien befindliche AfD-Delegation einprügelt und diese mit völlig irren Drohungen, Beschimpfungen und Vorwürfen überhäuft, müssen sich diese Politikreise die Frage gefallen

lassen, ob man regierungsseitig überhaupt eine Rückkehr der 700.000 in Deutschland gestrandeten Syrer anstrebt, wie es die gegenwärtige Lage gebietet. Leben unsere Politiker etwa in einer völlig abgeschotteten Informationsfilterblase, die sie die Realität in Deutschland gar nicht mehr wahrnehmen lässt? Oder wurde die Bevölkerung zur Syrienlage absichtlich mit einem irreführenden feinen Gespinnst aus Staatspropaganda überzogen? Beides ist denkbar und wäre höchst bedenklich und verwerflich.

Und auch unsere Medienwelt hat aufzuklären, ob die offensichtliche Fehlberichterstattung zur Lage in Syrien ein Ergebnis schlampiger journalistischer Arbeit in der Echokammer der begrenzten deutschen Medienquellen war, oder ob hier einmal mehr gefällige Hofberichterstattung betrieben wurde, wie schon oft zuvor. Die Wahrheit dürfte wie meist irgendwo dazwischen liegen. Als Fazit bleibt am Ende deshalb nur festzustellen: Es gibt tatsächlich keinen ersichtlichen Grund, warum die syrischen Kriegsflüchtlinge nicht in ihre Heimat zurückkehren sollten. Die Politik ist es deshalb den steuerzahlenden Bürgern schuldig, umgehend die geordnete Rückführung der „Flüchtlinge“ auf den Weg zu bringen.